

DRINGEND

REPUBLIK ÖSTERREICH  
BUNDESMINISTERIUM  
FÜR  
LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT

WIEN,

Zl. 10.681/04-IA10/93

12. März 1993

An das  
Präsidium des Nationalrates  
Parlament  
1010 Wien

Betrifft GESETZENTWURF	
Zl. <u>10</u>	-GE/19 <u>P3</u>
Datum: 19. APR. 1993	
Verteilt <u>21. April 1993</u> <i>Blum</i>	

*A. Blum*

15. Schulorganisationsgesetz-Novelle,  
Schulpflichtgesetznovelle, Schulunterrichts-  
gesetznovelle und Novelle des Pflichtschul-  
erhaltungs-Grundsatzgesetzes

Unter Bezugnahme auf das Rundschreiben des BKA-Verfassungsdienst vom 13. Mai 1976, GZl. 600.614/3-VI/2/76, beehrt sich das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft in der Anlage 25 Ausfertigungen der ho. Stellungnahme zur 15. Schulorganisationsgesetz-Novelle, Schulpflichtgesetznovelle, Schulunterrichtsgesetznovelle und Novelle des Pflichtschulerhaltungs-Grundsatzgesetzes, zu übermitteln.

Beilagen

Für den Bundesminister:  
i.V. Ing. Raab

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

*Pinner*



## REPUBLIK ÖSTERREICH

## BUNDESMINISTERIUM FÜR LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT

A-1012 Wien, Stubenring 1: Präsidialsekt., Sekt. I, Sekt. II, Sekt. III, Buchhaltung, Tel. (0222) 71100 DW  
A-1012 Wien, Stubenring 12: Revision, Sekt. IV, Sekt. V, Abt. III B 7, III B 11, Tel. (0222) 51510 DW

An das  
Bundesministerium für  
Unterricht und Kunst  
Minoritenplatz 5  
1014 Wien

12. März 1993  
Wien, am

Telefax BMLF.:

Ihr Zeichen/Ihre Geschäftszahl  
Ihre Nachricht vom  
12.690/2-III/2/93

Unsere Geschäftszahl  
10.681/04-IA10/93

Sachbearbeiter/Klappe  
Ing. Raab/6652

Betreff:

15. Schulorganisationsgesetz-Novelle,  
Schulpflichtgesetznovelle, Schulunterrichts-  
gesetznovelle und Novelle des Pflichtschul-  
erhaltungs-Grundsatzgesetzes Stellungnahme  
des BM für Land- und Forstwirtschaft

Unter Bezugnahme auf die do. Note vom 19. Jänner 1993 beehrt sich das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft zu den Entwürfen für Novellen zum Schulpflichtgesetz, Schulorganisationsgesetz (15. Schulorganisationsgesetz-Novelle), Schulunterrichtsgesetz und Pflichtschulerhaltungs-Grundsatzgesetz im Zusammenhang mit dem gemeinsamen Unterricht behinderter und nicht behinderter Kinder, folgende Stellungnahme abzugeben:

Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft begrüßt die mit den vorliegenden Entwürfen bekundeten Absichten der Integration behinderter und sozial auffälliger Kinder in das Regelschulwesen. Jedoch sollte sichergestellt werden, daß die dafür erforderliche per-

Bitte führen Sie unsere Geschäftszahl in Ihrer Antwort an!

- 2 -

sonellen und infrastrukturellen Voraussetzungen vor allem im ländlichen Raum geschaffen werden, die es bäuerlichen Familien ermöglichen, behinderte Kinder ohne zusätzliche zeitliche und finanzielle Belastungen am Regelschulunterricht teilnehmen zu lassen.

25 Abschriften der Stellungnahme wurden dem Präsidium des Nationalrates zugeleitet.

Für den Bundesminister:

i.V. Ing. Raab

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

